

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressemitteilung

Schwerpunkthemen der Sitzungswoche in Straßburg Juni 2010

Brüssel, 10. Juni 2010

Wirtschaftliche Governance und Vorbereitung des EU-Gipfels (17.06.)

Debatte im Plenum am Mittwoch, 16.06. ab 9 Uhr

die ursprüngliche Resolution der Mai-Plenarsitzung wurde in einen Part zur EU2020-Strategie und in einen weiteren Part zur wirtschaftlichen Governance aufgeteilt; beide Teile werden am Mittwoch, 17.06. abgestimmt

Anfragen an

Helmut Weixler
Pressesprecher
+32 475-67 13 40

Daniela Ortlauf
Pressearbeit
Europagruppe GRÜNE
+49 176-629 00 852

Hintergrund: Vor dem Hintergrund der europäischen Schuldenkrise diskutiert das Europäische Parlament im Juni-Plenum erneut Eckpunkte für wirtschaftliche Governance. Bereits im vergangenen Monat wurden dazu und zur EU2020-Strategie Resolutionen erarbeitet - beides zentrale Themen auch auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 17. Juni. Entscheidend ist dabei die Frage, ob die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine politische Säule ergänzt werden muss und wie diese gemeinsame Wirtschaftspolitik aussehen soll.

Grüne Position: Die Grünen/EFA sehen keinen Ausweg aus der Krise ohne eine europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Diese muss auf fünf Säulen gestützt werden: 1. Verantwortliche öffentliche Ausgaben (verstärkte Überwachung der makroökonomischen Entwicklungen, Reform des Stabilitäts- und Wirtschaftspakts). 2. Steuerliche Harmonisierung (gemeinsames Vorgehen der Mitgliedsstaaten auch bei der Einnahmenseite, wie Besteuerung der Unternehmensgewinne, Finanztransaktionssteuer, Sonderabgabe für den Bankensektor oder die Bekämpfung der Steuerhinterziehung). 3. Strengere Regulierung der Finanzmärkte (Umsetzung des Pakets zur Finanzaufsicht; Begrenzung stabilitätsgefährdender Finanzspekulation). 4. Höhere Eigenmittel für die EU (Steuermittel und Kreditaufnahmefähigkeit, d. h. Euro-Anleihen). 5. Einführung eines europäischen Grünen New Deals (Europa an der Spitze eines nachhaltigen Entwicklungsmodells).

Lebensmittelinformation für Verbraucher

Bericht Renate Sommer (EVP, DE)

1. Lesung, Mitentscheidung

Debatte im Plenum am Dienstag, 15.06. ab 9 Uhr, Abstimmung am Mittwoch, 16. 06.

Rebecca Harms MdEP
Büro: +33 (0)3 88 1 77695

Hintergrund: Der Kommissionsvorschlag soll die generelle Lebensmittelkennzeichnung neu fassen. Bereits im Januar 2008 unterbreitete die Kommission einen Vorschlag. Als das Dossier vor einem Jahr dem Umweltausschuss zur Abstimmung vorgelegt werden sollte, überzeugte die Berichterstatterin die Mehrheit des Ausschusses, das Dossier auf die nächste Legislatur zu vertagen. Sie legte dann einen neuen Bericht vor, der durch eine Fülle von Änderungsanträgen in einigen Teilen inkonsistent ist.

Grüne Position: Die Grünen/EFA werden sich im Plenum weiterhin für die verpflichtende Ampelkennzeichnung als anschauliche Verbraucherinformation einsetzen: Fertigprodukte sollen je nach dem Anteil von Fett, gesättigten Fettsäuren, Zucker und Salz in einem Produkt eine rote, gelbe oder grüne Ampel erhalten. Auch werden sich die grünen Abgeordneten dagegen wehren, dass Alkohol von der

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressemitteilung

Kennzeichnungspflicht ausgenommen wird. Erfolg hatten die Grünen im Ausschuss bei der verpflichtenden Angabe des Herkunftsortes von Fleischprodukten, bei der Auszeichnung von Nanofood oder gesundheitsschädlichen Transfettsäuren.

Arbeitszeit im Straßenverkehr

Bericht Edit Bauer (EVP, SL)

1. Lesung, Mitentscheidung
(1. Lesung im Mai 2009 endete mit
Rücküberweisung an Ausschuss)

Debatte im Plenum am Dienstag,
15.06. ab 9 Uhr, Abstimmung am
Mittwoch, 16. 06.

Elisabeth Schroedter MdEP

Büro: +33 (0)3 88 1 77234

Hintergrund: Die Richtlinie zur Arbeitszeit im Straßenverkehr (2002/15/EG) legt für alle Kraftfahrer, ob fest angestellt oder selbständig, die Höchstarbeitszeit und Ruhephasen fest. Kurz bevor die Richtlinie in Kraft trat, legte die Kommission einen Änderungsvorschlag vor, der selbstständige Fahrer ausnehmen will. Das Parlament hat diesen Vorschlag 2009 abgelehnt, die Kommission legte ihn jedoch wieder vor. Im Mai lehnte der Beschäftigungsausschuss den Vorschlag erneut ab. Die Berichterstatterin der EPP hat seitdem ohne Mandat mit dem Rat verhandelt und damit die geltenden Verhaltenskodices des Parlamentes verletzt.

Grüne Position: Die Fraktion Die Grünen/EFA wird den Kommissionsvorschlag im Plenum ablehnen. Denn ohne klare Definition, wer als Scheinselbstständiger gilt, schafft dieser mehr Verwirrung als Rechtsklarheit und senkt die Sicherheitsstandards bei selbstständigen Kraftfahrern. Alle Berufsfahrer, unabhängig von ihrem Status, sollten in die Richtlinie einbezogen werden, denn übermüdetes Fahrpersonal ist eine der häufigsten Unfallursachen.

Menschenrechtsdebatte

u. a. Bericht Heidi Hautala
(Grüne/EFA, FI)

Debatte im Plenum am Mittwoch,
16.06. ab 15 Uhr

Barbara Lochbihler MdEP

Tel: +33 (0)3 88 1 77392

Hintergrund: Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden sich mit drei Menschenrechtsberichten befassen. Der Bericht der grünen Abgeordneten Heidi Hautala beschäftigt sich mit dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Des Weiteren wird der jährliche EU-Menschenrechtsbericht debattiert. Und eine Resolution zum Exportverbot von Folterwerkzeugen liegt zur Abstimmung vor.

Grüne Position: Die Grünen/EFA fordern ein verstärktes Engagement der EU zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern. In vielen EU-Botschaften sind die entsprechenden EU-Richtlinien nicht einmal bekannt. Der Bericht der EU-Kommission sollte zukünftig einen Schwerpunkt haben und keine reine Auflistung von Ländern darstellen. In Bezug auf Folterwerkzeuge fordern die Grünen, dass Ross und Reiter klar benannt werden. Die Sozialdemokraten wollen die Nennung der Länder, aus denen in der Vergangenheit Folterwerkzeuge exportiert wurden, verhindern. Doch das Europäische Parlament kann nicht einerseits mehr Transparenz bei Exporten fordern, wenn es andererseits in der eigenen Resolution diese Transparenz vermissen lässt.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressemitteilung

Ergebnisse des EU-Russland-Gipfels (31.5.-01.06.)

Debatte im Plenum am Mittwoch,
16.06. 11:00 bis 11:50 Uhr, mit
Resolution

Werner Schulz MdEP

Tel: +33 (0)3 88 1 77399

Hintergrund: Der EU-Russland-Gipfel am 31. Mai/1. Juni in Rostow am Don ging ohne wesentliche Ergebnisse zu Ende. Das Modernisierungsprogramm wurde weiter sondiert, aber ein konkreter Aktionsplan fehlt noch immer. Die Visabefreiung, primäres Anliegen der russischen Seite, wurde vertagt. Das Parlament wird die Ergebnisse bewerten und wichtige Punkte gegenüber Rat und Kommission verdeutlichen.

Grüne Position: Zwei Punkte sind aus grüner Sicht derzeit strittig aber essentiell: Wer die äußeren Freiheiten verstärken will (Visa), der muss auch innere Freiheiten garantieren, etwa das Recht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 31 der russischen Verfassung) und die prinzipiellen Bürger- und Menschenrechte. Solange diese nicht gewährt sind, ist eine Visabefreiung nicht möglich. Zweitens gehören zur Modernisierung Russlands grundlegende Reformen im Rechtssystem und die effektive Bekämpfung der Korruption. Fälle wie der Tod von Sergej Magnitsky und politische Verfahren wie gegen Lebedev und Khodorkovsky befördern das Misstrauen zwischen Russland und der EU und schrecken westliche Investoren weiter ab. Kritisch sehen Die Grünen/EFA auch, dass die deutsche Kanzlerin nur wenige Tage nach dem Gipfel und ohne Absprache auf EU-Ebene, neue Vorschläge zur Sicherheitskooperation mit dem russischen Präsidenten vereinbart hat.

Mit den besten Grüßen

Helmut Weixler

Head of Press Office

mobile phone: +32 475-67 13 40

mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Daniela Ortlauf

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE

mobile phone: +49 176-629 00 852

mail: Daniela.Ortlauf@europarl.europa.eu